

## **Antwort**

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 814

des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)

Drucksache 7/2096

### **Fahrraddiebstähle im nördlichen Bereich der S2**

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister des Innern und für Kommunales die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkungen des Fragestellers: Fahrraddiebstähle erweisen sich als eine besonders ärgerliche Straftat, weil sie neben dem Verlust des materiellen Wertes auch mit einer Mobilitätseinschränkung einhergehen und vergleichsweise selten aufgeklärt werden.

Von aktuellem Interesse sind hierbei die Bahnhöfe Bernau (Bahnhofsvorplatz sowie Fahrradparkhaus), Bernau-Friedenstal, Zepernick und Röntgental.

Frage 1: Wie viele Tatverdächtige von Fahrraddiebstählen konnten unmittelbar vor Ort festgenommen werden?

Frage 2: Wie viele Tatverdächtige konnten im Nachgang ermittelt werden?

zu den Fragen 1 und 2: Für die polizeilichen Datensysteme sind die Suchbegriffe „Tatverdächtige unmittelbar vor Ort festgenommen“ bzw. „Tatverdächtige im Nachgang ermittelt“ nicht definiert. Deshalb können diese beiden Fragen nicht beantwortet werden.

Frage 3: An welchen Bahnhöfen erfolgt bzw. erfolgte eine Videoüberwachung?

zu Frage 3: An keinem der hier genannten vier Bahnhöfe erfolgt derzeit eine Videoüberwachung nach § 31 Absatz 2 des Brandenburgischen Polizeigesetzes. Am Bahnhof Bernau erfolgte in der Vergangenheit eine von 2001 bis 2007 befristete Videoüberwachung, die dann aber wieder eingestellt worden ist, da die Voraussetzungen des § 31 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 des Brandenburgischen Polizeigesetzes nicht mehr vorlagen.

Frage 4: In wieviel Fällen führte die Videoüberwachung zur Ergreifung von Tatverdächtigen?

zu Frage 4: Daten, welche aufzeigen, ob das Sichten von Videomaterial – während oder nach Begehung einer Straftat – zur Ergreifung von Tatverdächtigen führte, werden in den polizeilichen Systemen nicht nachgehalten.

Frage 5: Wie lang ist/war die Speicherzeit bei der Videoüberwachung an den Bahnhöfen?

zu Frage 5: Die Speicherdauer von Aufnahmen aus der Videoüberwachung ist in § 31 Absatz 2 des Brandenburgischen Polizeigesetzes gesetzlich geregelt. Sie betrug bis zur Evaluierung des Brandenburgischen Polizeigesetzes im Jahr 2019 maximal 48 Stunden und mit der letzten Änderung des Brandenburgischen Polizeigesetzes vom 19. Juni 2019 nunmehr maximal zwei Wochen, sofern kein Fall des § 31 Absatz 2 Satz 4 des Brandenburgischen Polizeigesetzes vorliegt.

Frage 6: Sind rechtskräftige Verurteilungen bekannt und wie fielen diese aus?

zu Frage 6: Zu rechtskräftigen Verurteilungen liegen keine Erkenntnisse vor.

Frage 7: Wurden durch die Polizei gezielte operative Einsätze (offen und verdeckt) an o.g. Bahnhöfen zum Zwecke der beweiskräftigen Festnahme von Tatverdächtigen und damit einhergehenden Bekämpfung des Kriminalitätsphänomens durchgeführt?

zu Frage 7: Gezielte operative Einsätze der Polizei zur Bekämpfung dieses Kriminalitätsphänomens im Sinne von dauerhaften bzw. zeitlich befristeten Observationen wurden an den o.g. Bahnhöfen in den vergangenen zwei Jahren nicht durchgeführt.

Gleichwohl sind die Bahnhöfe und deren Vorplätze bzw. das unmittelbare Umfeld immer Schwerpunkt polizeilicher Streifentätigkeit. Dem Bahnhof Bernau kommt dabei aufgrund der Frequentierung eine besondere Bedeutung zu.